

newsletter des VLW Rheinland-Pfalz

newsletter des VLW Rheinland-Pfalz
Ausgabe vom 18. April 2021



BBS-Lehrkräfte wütend und empört über unzureichenden Gesundheitsschutz

Zunehmend erreichen uns Anrufe und Zuschriften von Kolleginnen und Kollegen, die ihre Verärgerung und Wut über die derzeitigen Arbeitsbedingungen an unseren Schulen zum Ausdruck bringen. Sie fühlen sich als Spielball einer willkürlichen Politik, bei der die Schulen so lange wie möglich offengehalten werden. Für den Gesundheitsschutz der Lehrkräfte wird jedoch nach wie vor viel zu wenig getan. Was Lüftungsanlagen, Plexiglas-Scheiben und weitere Schutzeinrichtungen betrifft, werden regelmäßig die hohen Kosten dagegen angeführt. Beim Impfschutz verweist unsere Bildungsministerin auf ethische Bedenken. Ein Vorziehen der Lehrkräfte weiterführender Schulen in der Impfreihefolge ginge zu Lasten anderer vulnerabler Gruppen. Dabei lässt sie jedoch außer Acht, dass wir schultäglich mit einer Vielzahl an Menschen zusammentreffen, die Träger der hochansteckenden Mutanten sein können. Und inzwischen sind es viele vergleichsweise junge Menschen, die wegen einer Corona-Infektion auf Intensivstationen behandelt werden müssen. Die Erwartung, durch eine effektive Teststrategie könnte die Situation an unseren Schulen entspannt werden, wurde aufgrund der halbherzigen Umsetzung enttäuscht. Der VLW fordert deshalb unverzüglich entschlossenes Handeln vonseiten der Politik und hat dies in der folgenden Pressemitteilung formuliert.

Testchaos beenden - VLW fordert sofortige Testpflicht und Impfangebote

Pressemitteilung des VLW Rheinland-Pfalz vom 16.04.2021

Die Erfahrungen der ersten Woche mit freiwilligen Selbsttests für Schülerinnen und Schüler an den Schulen bestätigen, was der VLW von Anfang an befürchtet hat: Die freiwilligen Tests sind nur ein Feigenblatt. Sie gaukeln eine gefühlte Sicherheit vor, ohne wirklich zu schützen. „Viele Schülerinnen und Schüler verweigern sich den Tests und müssen noch nicht einmal eine Begründung dafür liefern“, beklagt Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW und fährt fort: „Die Landesregierung darf sich nicht feige hinter dem Bund verstecken und auf die Änderung des Infektionsschutzgesetzes warten!“

Nach Ansicht des VLW muss unverzüglich eine Testpflicht für alle Schülerinnen und Schüler eingeführt werden, um die Gesundheit aller am Schulleben Beteiligten nicht unnötig zu gefährden.

Um die Testpflicht auch verlässlich durchzusetzen, ist es dringend erforderlich, dass die **Tests von geschultem Personal in Testzentren** durchgeführt werden. „Das Betreten des Schulgebäudes darf nur noch mit einem bestätigten negativen Testergebnis erlaubt sein“, fordert Karl-Heinz Fuß und ergänzt: „Die Schulen können das, wie wir sehen, nicht leisten und auch eine Verlagerung der Tests nach Hause kann das Problem nicht lösen, denn wer bestätigt dann die ordnungsgemäße Durchführung der Tests? Eine Selbsterklärung der Schülerinnen und Schüler bzw. deren Eltern wäre das Papier nicht wert, auf

dem sie stünde. Mit einer solch einfachen Lösung würde der Gesundheitsschutz der Lehrkräfte der Lächerlichkeit preisgegeben.“

Der VLW fordert deshalb, dass die Landesregierung zusätzlich zu den vom Bund finanzierten Tests für jede Schülerin und jeden Schüler sowie für alle Lehrkräfte mindestens einen weiteren PoC-Schnelltest in einem der Testzentren anbietet. „Die Landesregierung verweist in Pressemitteilungen und auf ihrer Homepage stolz auf die große Anzahl an Teststationen, die es in Rheinland-Pfalz gibt. Jetzt ist es an der Zeit, dass das Land auch selbst Geld in die Hand nimmt und die Testzentren für einen effektiven Gesundheitsschutz aller am Schulleben Beteiligten nutzt. Mit dann zwei professionellen Testungen pro Woche wäre ein Mindestmaß erreicht“, erläutert Karl-Heinz Fuß. Gleichzeitig unterstreicht der VLW seine Forderung nach einem **sofortigen Impfangebot an alle BBS-Lehrkräfte.** „In den Nachbarländern Hessen und Baden-Württemberg ist das eine Selbstverständlichkeit. Nur in Rheinland-Pfalz werden Lehrkräfte nach wie vor ungeschützt in die Schulen gezwungen, wo sie angesichts der Verbreitung der britischen Mutante gerade unter jungen Menschen einem hohen Infektionsrisiko ausgesetzt sind. Es entsteht der Eindruck, dass dem politischen Willen, die Schulen um jeden Preis geöffnet zu lassen, die Gesundheit der Lehrkräfte untergeordnet wird, was nicht mit der Fürsorgepflicht des Landes als Dienstherr zu vereinbaren ist“, erklärt Karl-Heinz Fuß abschließend.